Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 29 | **München, 17. Juli 1931** | **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Juli	Aw	Bemerkungen
Sonntag	19	5	
Montag	20	6	
Dienstag	21	7	
Mittwoch	22	8	
Donnerst.	23	9	תשעה באב
Freitag	24	10	
Samstag	25	11	ואתחנן שבת נחמו הפטרה נחמו נחמו עמי (Jes. 40, 1—26)



Das Jüdische Echo

Nummer 29 17. Juli 1931 18. Jahrgang

Nahum Sokolow Präsident der Zionistischen Organisation

Der Kongreß tagt neben dem Council der Jewish Agency weiter

Basel, 15. Juli. (JTA.) Der XVII. Zionistenkongreß wählte in seiner Sitzung am Dienstag, dem 14. Juli, abends, Herrn Nahum Sokolow, bisher Präsident der Zionistischen Exekutive, mit 118 gegen 48 Stimmen zum Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation anstelle Dr. Chaim Weizmanns, der dieses Amt seit dem Juli 1920 bekleidet hat. Für Sokolow stimmten außer den Allgemeinen Zionisten, Gruppe B, dem Misrachi und den Radikalen, auch die Revisionisten, gegen Sokolow die Arbeiter-Linke, sowie die von Kurt Blumenfeld und Dr. Eder geführte Gruppe A der Allgemeinen Zionisten.

Kurt Blumenfeld und Berl Locker gaben vor der Abstimmung Erklärungen ab, daß, wenn auch die von ihnen vertretenen Gruppen nicht für Sokolow stimmen, dies nicht als persönlicher Affront gegen Sokolow aufgefaßt werden möge. Ihre Gruppen setzen sich dafür ein, daß gleichzeitig mit der Wahl des Präsidenten auch die Bildung der Exekutive erfolge, damit die zukünftige Politik der Organisation schon bei der Wahl des Präsidenten festgelegt werde. Da aber der Kongreß die Bildung der Exekutive auf eine spätere Sitzung verschoben hat, seien sie und ihre Freunde nicht in der Lage, für Sokolow als Präsidenten der Organisation zu stimmen.

Robert Stricker gab im Namen der Revisionisten eine Erklärung ab, daß seine Partei zwar für die Präsidentschaft Sokolows stimmen wird, daß sie aber durch diese Abstimmung nicht ihre politische Haltung für die Zukunft festgelegt haben will.

Nach der Wahl des Präsidenten der Organisation vertagte sich der Kongreß für spät nachts, da die Eröffnung der zweiten Tagung des Council der Jewish Agency unmittelbar bevorstand.

Nach Beendigung der ersten Sitzung des Council der Jewish Agency versammelten sich Kongreßdelegierte, Gäste und Journalisten wiederum im Sitzungssaal und warteten auf den Beginn der Schlußsitzung des Kongresses, in der die Exekutive gewählt, die politischen Resolutionen gefaßt und u. a. über den MacDonald-Brief abgestimmt werden sollte. Stunde um Stunde verging, ohne daß die Sitzung eröffnet wurde. Vom Kongreßpräsidium wurde die die Nacht teils schlafend, teils singend verbringenden Delegierten und Gäste immer wieder darauf vertröstet, daß die Permanenzkommission bald mit ihren Beratungen fertig werde und daß dann sofort das Kongreßplenum zusammentreten werde. Am Mittwoch, dem 15. Juli, 7.30 Uhr morgens, erschien der Präsident des Kongresses, Herr Leo Motzkin, auf der Tribüne und verkündete, daß der Permanenzausschuß nach achtstündiger Beratung zu keinem Ergebnis kommen konnte und sich vertagt hat. Der Kongreß werde heute, Mittwoch, 5 Uhr nachmittags, zu einer Plenarsitzung zusammentreten und kraft seiner Souveränität selbst eine neue Exekutive wählen, falls der Permanenzausschuß bis dahin nicht in der Lage sein sollte, bestimmte Vorschläge zu machen.

Die Hauptschwierigkeit bei der Bildung der Exekutive ist der Umstand, daß man keinen geeigneten politischen Referenten für die Londoner Exekutive finden konnte. Prof. S. Brodetzky, der dieses Referat innerhalb der Londoner Exekutive bis jetzt vertreten hat, ist nicht gewillt, die neue Politik zu vertreten, während die Linke, an die man mit der Forderung, einen politischen Referenten zu stellen, herangetreten war, Bedingungen stellte, die den anderen Gruppen unannehmbar erschienen. Eine dieser Bedingungen ist bekanntlich die, daß der Kongreß seinen mit 87 gegen 74 Stimmen angenommenen Beschluß (revisionistisches Minderheitsvotum), in welchem das Bedauern über den Verzicht auf Vertretung nationaler Ideale seitens der Leitung der Jerusalemer Universität ausgesprochen und die Exekutive beauftragt wird, über den nationalen Geist der Universität zu wachen, annulliert.

Der Verlauf der Kongreßverhandlungen

(Fortsetzung)

In der dreizehnten Sitzung am Dienstag, 7. VII abends, sprach nach Louis Lipsky noch einmal Weizmann. In einer großangelegten Rede trat er allen seinen Kritikern gegenüber; vor allem Stephan Wise. Damit war die Generaldebatte beendet; da kein Mißtrauensantrag gestellt worden war, galt damit die Decharge als erreicht.

Die neue Exekutive gewählt

Der XVII. Zionistenkongreß geschlossen

Basel, 16. Juli. (JTA.) Am Mittwoch, dem 15. Juli, abends, trat der Zionistenkongreß noch einmal zusammen, um die Wahl der neuen Exekutive der Zionistischen Organisation vorzunehmen. Vor dem Wahlakt erschien Dr. Chaim Weizmann gemeinsam mit den Delegierten der Linken im Saale und wurde mit langandauernden Ovationen empfangen, an denen sich bloß die rechte Seite des Kongresses nicht beteiligte. Um 5.30 Uhr abends war die Wahl der neuen Exekutive vollzogen. Sie besteht aus folgenden Mitgliedern: H. Farbstein, Misrachi; Dr. Ch. Arlosoroff, Hitachduth; Prof. Dr. Brodetzky, Allg.; Berl Locker, Poale Zion und Emanuel Neumann, Allg. Amer.

Die vierzehnte Sitzung fand am Donnerstag vormittag statt. Herr Suprasky erstattete ein Referat über Handel und Industrie in Palästina; den Bericht der Gesundheitskommission gab Miß Frankel. Die von ihr vorgeschlagenen Resolutionen wurden ohne Debatte angenommen. In ihnen wird die Übertragung der Hadassahinstitutionen auf den Jischuw begrüßt und die Jewish Agency zur Führung weiterer Verhandlungen in dieser Richtung aufgefordert. Die Knesseth Jisrael wird aufgefordert den Betrag von 3500 Lst. aufzubringen, damit das Gesundheitswerk nicht gefährdet werde. Es wird festgestellt, daß die Palästinaregierung ihre Pflichten gegen das Gesundheitswerk nicht erfüllt hat und die Verpflichtung der Regierung zur Unterstützung der jüdischen Institutionen betont.

In der fünfzehnten Sitzung vom Freitagvormittag erstattete Naiditsch den Bericht der Wirtschaftskommission. Deren Resolution fordert die Gründung von Körperschaften in allen Ländern zum Zwecke der Organisierung und Förderung der Privatinitiative mit dem Aufgabenkreis: Investierung von kleinen Kapitalien in sicheren Anlagen, Förderung der Ansiedlung von kleinen und Mittelkapitalisten, Heranziehung von größeren Kapitalien für großindustrielle Unternehmungen, Organisation eines rationellen Informationsdienstes in Palästina und den größeren jüdischen Zentren, sowie des Absatzes der palästinensischen Produkte.

Darauf sprach Brodie über die Beschleunigung der Absorptionsfähigkeit Palästinas und zeigte Wege dazu auf. Nachdem zum Bericht der Wirtschaftskommission Josef L. Cohen, Leon Levite, Louis Lipsky und Mereminski gesprochen haben, wird die vorgeschlagene Resolution mit einer geringfügigen Änderung angenommen.

Die sechzehnte Sitzung, Freitagnachmittag, war den Organisationsproblemen gewidmet, über die Dr. Aron Barth referierte.

Die Resolution, Organisation und Propaganda in den Vordergrund der Arbeit der Zionistischen Exekutive zu rücken, wird einstimmig angenommen; für die Frage der Organisation und Propaganda wird der Exekutive eine Kommission beigegeben, die von der Exekutive nach Fühlungnahme mit den Verbänden eingesetzt und in ihrer Zusammensetzung von AC. bestätigt werden soll.

Hinsichtlich des Schekels beantragte die Exekutive, das Wahlrecht zum Kongreß an den Besitz der Schekalim beider Jahre zu binden. Die Exekutive hat hinzugefügt, daß im kongreßlosen Jahr nicht gelöste Schekel im Kongreßjahr nachgezahlt werden können.

Zur Begründung eines Minderheits-Antrages sprechen Dr. Stubb und M. Neustadt. Das Minderheitsvotum über den zweijährigen Schekel wird nach einer Debatte (Joachim Neiger, Hellmann, Berger) abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen, daß in Ländern, in denen es die Exekutive für durchführbar hält, im kongreßlosen Jahr der Schekel zugleich mit dem Schekel des Kongreßjahres entrichtet werden kann.

Dr. Barth begründet den Antrag der Kommission, die Schekelquote, die zur Entsendung eines Delegierten berechtigt, mit 3000 per Kongreßperiode festzusetzen mit Ausnahme, daß Länder mit mindestens 1500 Schekalim zur Wahl eines Delegierten berechtigt sind und daß die für Palästina bestehende Prärogative auf die doppelte Zahl von Delegierten aufrecht erhalten bleibt. Bei der Behandlung der Minderheitenanträge auf Abschaffung der Prärogative bzw. Wahlrecht für alle Mitglieder der Knesseth Jisrael, die das zionistische Programm durch schriftliche Erklärung anerkennen, entwickelt sich eine lebhafte Auseinandersetzung, an der sich Dr. Hoffmann, Mossinsohn, Jabotinsky und Dr. Barth beteiligen. Die Minderheitsanträge werden abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Schekelquote der kleinen Länder sowie über den Kommissionsantrag zur Novellierung des Wahlrechts erfolgt nach kurzer Besprechung des Minderheitenvotums Annahme. Eine lebhafte Debatte entwickelt sich über die Frage der Zusammensetzung der Hauptwahl-Kommission. Der Antrag von Rabbiner Halpern, daß in Landesschekelverbänden, wo mehr als zwei zionistische Gruppen existieren, keine Gruppe das Recht hat, mehr als 40 Prozent der Mitglieder der Hauptwahlkommission zu bilden, wird angenommen. Ebenso nimmt der Kongreß einen Antrag an, der mit Befriedigung feststellt, daß zwischen der Exekutive und dem Zentralkomitee der jüdischen Beamtenorganisation in Palästina Verhandlungen bezüglich eines Arbeiterreglements eingeleitet wurden.

Dr. Barth teilt ferner mit, daß die Subkommission, die von der Organisationskommission zur Behandlung der Frage der Jewish Agency eingesetzt wurde, dem Kongreß keine Anträge vorlegt, mit Ausnahme des Minderheitsvotums der Revisionisten, das Abkommen mit der Jewish Agency zu kündigen. Dr. Barth gibt einen ausführlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen in der Kommission. Hierauf begründet Jabotinsky den Minderheitsantrag der Revisionisten. Der Antrag sei gestellt zur Wahrung der politischen Prärogative der Zionistischen Organisation als der einzigen Trägerin des zionistischen Ideals. Konsequenzen hinsichtlich der ökonomischen Kooperation mit den Nichtzionisten zu ziehen, sei verfrüht, und die Revisionisten seien bereit, alle Formen der ökonomischen Mitarbeit zu unterstützen. Verhandlungen über Anleihen, landwirtschaftliche Tätigkeit mit Behörden oder Regierungen sind aber politische Tätigkeit.

Der Antrag der Revisionisten auf Kündigung der Verträge mit der Jewish Agency wird mit 121 gegen 48 abgelehnt.

In der 17. Sitzung, Samstag abend, erstattet Schkolnik Bericht der Kolonisations-Kommission. Der Bericht weist auf die Bedeutung der mit einigen Siedlungen im Nuris-Block abgeschlossenen Siedlungsverträge hin und teilt mit, daß die Kommission einen umfassenden Plan zur Konsolidierung der Siedlungen ausgearbeitet hat. Der Berichterstatter legt dem Kongreß eine Reihe von Resolutionen über landwirtschaftliche und städtische Kolonisation vor. In diesen Entschließungen, die zum größten Teil ohne Debatte, zu einem Teil nach einer Diskussion über zu ihnen vorgeschlagene Minderheitsvoten und Amendements angenommen werden, nimmt der Kongreß davon Kenntnis, daß das Budget zur endgültigen Konsolidierung aller Siedlungen 262 000 Pfund betrage, welche Summe als Schuldverpflichtung der Jewish Agency an die Siedler anzusehen ist. Es sollen alle Anstrengungen gemacht werden, diesen Betrag schnellstens aufzubringen.

Der Kongreß begrüßt die Mitteilung, daß die Siedlungen im Nurisgebiet und einige Siedlungen im Afulehgebiet so weit ausgebaut sind, daß sie auf weitere Zuschüsse der Agency verzichten

können, falls sie die letzten Raten der Ansiedlungsanleihen am Anfang des nächsten Jahres erhalten. Der Kongreß beschließt eine Ergänzung der Siedlungen des Kishongebietes und die Erhöhung der Ansiedlerzahl im Mischmar ha Emek auf 40 Familien und fordert die Jewish Agency auf, für die Ansiedlung des Hapoel Ha Misrachi in Scheich Abrek eine entsprechende Summe in das Budget des nächsten Jahres einzustellen, den Beginn der Anpflanzung des Landau-Waldes noch für das laufende Jahr zu sichern und die Siedlung Kfar Gideon durch Ergänzung auf 40 Familien zu konsolidieren. Ferner wird beschlossen, alle Maßnahmen zur Vorbereitung der planmäßigen Besiedlung von Waadi el Chawarith zu treffen. Nach dem Plan der Exekutive soll dort eine Mittelstandssiedlung geschaffen werden und den Siedlern, die über mindestens 400 Pfund verfügen, die Erlangung von Krediten für den fehlenden Betrag erleichtert werden. Der Genossenschaft Jachin soll ermöglicht werden, eine Mittelstandsansiedlung auf einer Fläche von 2000 bis 2500 Dunam zu organisieren. Der Kongreß spricht sich für den Wiederaufbau der während der Augustunruhen zerstörten Kolonie Chulda aus und betont die Wichtigkeit der Mädchenlehrfarmen für die wirtschaftliche Ausbildung der jüdischen Mädchen und Frauen. Die Konsolidierung der bestehenden Farmen soll im Verlauf der nächsten zwei Jahre gemeinsam mit der Wizo durchgeführt werden. Der Kongreß beschließt ferner die Konsolidierung der bestehenden Yemenitensiedlungen sowie die Ansiedlung einer neuen Yemenitengruppe von 100 Familien auf dem Boden von Waadi el Chawarit. Der Kongreß fordert, daß alle der Amsik gehörenden unbesiedelten Böden bearbeitet werden, ferner die Ergänzung der Siedlung Beth Chanan auf 80 Familien und das Programm der Ansiedlung von 100 ehemaligen amerikanischen jüdischen Legionären in Waadi el Chawarit. Auf einen Antrag Ussischkins wird beschlossen, einen Plan zur Wiederherstellung von Hebron auszuarbeiten. Der Kongreß begrüßt die Tätigkeit der Zentralen Verkaufsgenossenschaft für landwirtschaftliche Produkte. Der Tenuwah soll ein Prozent des landwirtschaftlichen Budgets zur Erschließung neuer Märkte zur Verfügung gestellt werden. In Bezug auf die Industrie beschließt der Kongreß, die Regierung aufzufordern, ihre Abteilung für Handel und Industrie wieder zu eröffnen, die Zollpolitik zugunsten der Industrie zu ändern und bei Staatslieferungen vor allem die inländische Industrie zu berücksichtigen. Zur Förderung der Industrie lenkt der Kongreß die Aufmerksamkeit von Jewish Agency und nationalen Fonds auf die Notwendigkeit der Schaffung einer Industrie-Bank, der Einführung von Exportprämien, der Gewährung langfristiger Kredite für Konsolidierung bestehender Kredite usw.

Zur Ansiedlung städtischer Arbeiter begrüßt der Kongreß die Entwicklung der Schechunoth Owdim und schlägt dem KKL. vor, eine geeignete Bodenfläche zur Errichtung einer großen Siedlung für die Arbeiterschaft von Tel-Awiw zu erwerben. Ein Teil der für landwirtschaftliche Ansiedlung und Hilfswirtschaften in der Nähe der Städte bestimmte KKL.-Boden soll zur Ansiedlung von Handwerkern verwendet werden.

Vorsitzender Motzkin macht darauf aufmerksam, daß in den angenommenen Resolutionen auch einige Budget- und politische Fragen enthalten sind, und daß die Budget-Kommission und die Politische Kommission das Recht habe, Beschlüsse, mit denen sie nicht einverstanden ist, nochmals vor das Plenum zu bringen.

In der 18. Sitzung, Sonntag nachmittag, erstattete zunächst Vobkin den Bericht der Immigrations-Kommission; darauf spricht Mereminski zur Frage der Einwanderungsgesetze.

Der Kongreß nimmt dann eine Reihe von Resolutionen an, in denen gegen die Einschränkung der Chaluz-Immigration protestiert wird, und fordert die Exekutive der Jewish Agency auf, den vollen Umfang dieser Immigration zu sichern. Ebenso wird beschlossen, der Immigration des Mittelstandes Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei den Palästinaämtern einen Informationsdienst über Mittelstandskolonisation zu organisieren. Der Einwanderung von Elementen aus Rußland und Yemen muß besonderer Platz eingeräumt werden, und der Kongreß wiederholt den Beschluß des vorhergehenden Kongresses über den notwendigen Ausbau des Palästina-Amtes in Aden und der Förderung der landwirtschaftlichen Hachscharah bei yemenitischen Immigranten. Der Kongreß protestiert gegen die gegen Juden gerichteten Ausweisungsbefehle der Palästinaregierung. In zwei Beschlüssen wird betont, daß das Budget für Hachscharah ein Vorzugsrecht innerhalb des Immigrations-Budgets habe und daß die chaluzische Erziehung und die Hachscharah-Tätigkeit unvermindert fortzuführen sei.

Ein Antrag auf Änderung der Zusammensetzung der Palästinaämter wird angenommen, ferner zwei Anträge, die sich auf die Immigrationspolitik der Palästinaregierung beziehen. Es wird gegen die faktische Unterbrechung der Einwanderung aus politischen Gründen Protest erhoben, sowie gegen die Einführung von Beschränkungen in bezug auf Alter, Geschlecht und Kategorie der Immigranten und des Rechtes der Juden Palästinas, ihre Familienangehörigen sich ins Land nachkommen zu lassen. Weiter wird protestiert gegen die Verwendung von Arbeiterzertifikaten für Touristen, die bereits Ansiedlungserlaubnis erhalten haben, und gegen die Übergehung der Vorschläge von seiten der Jewish Agency. In einer zweiten Resolution fordert der Kongreß die Abschaffung der die jüdische Immigration schwer belastenden Steuern. Der Kongreß nimmt ferner eine Resolution an, in welcher die Grundsätze eines neuen Immigrationsstatuts festgelegt werden, und übergibt sechs weitere Anträge der Zionistischen Exekutive zur Erledigung.

In der 19. Sitzung, Sonntag nacht, erstattet Goldmann den Bericht der politischen Kommission. Er legt dem Kongreß zwei Resolutionen vor, die sich mit den Problemen der Zielsetzung beschäftigen. Mit Rücksicht darauf, daß dieses Thema viele Spannungen ausgelöst habe, wolle er nur darauf hinweisen, daß die Schwierigkeit der Situation in den Verhandlungen der Kommission und ihrer Subkommission nicht das Resultat einer großen Meinungsdifferenz darüber war, was die zionistische Bewegung in Palästina schließlich wolle, sondern daß es sich darum gehandelt habe, für die große jüdische und internationale Welt, die die Stimme dieses Kongresses hört, eine passende Formulierung zu finden. Es sei nicht die Frage des prinzipiellen Wollens in Palästina, sondern die Frage des politischen Taktes und der politischen Raison gewesen, die eine Einigung schwierig gemacht habe.

Nach einer längeren Debatte über die Reihenfolge in der Abstimmung der beiden von der Po-

litischen Kommission vorgeschlagenen Mehrheitsanträge, gelangt zuerst der nachstehende Antrag zur Abstimmung:

„Der Kongreß bedauert die im Ita-Interview gemachten Äußerungen Dr. Weizmanns und erachtet seine auf die Interpellation erteilte Antwort als unzureichend.“

Dieser Antrag wird mit 123 zu 106 Stimmen angenommen, nachdem zuvor ein Antrag der Arbeiterparteien, über diesen Antrag zur Tagesordnung zu gehen, der von Arlosoroff begründet wurde, abgelehnt worden war.

Arlosoroff beantragt hierauf namens der Arbeiterfraktion, über sämtliche Anträge zur Endzielformulierung zur Tagesordnung überzugehen. In einem Augenblick, wo die Arbeit in Palästina stillsteht und die finanzielle Lage immer bedrohlicher wird, haben pseudopolitische Strömungen am Kongreß durch die Zuspitzung fiktiver Gegensätze den Kongreß unfruchtbar gemacht. Das Ziel des Zionismus sei klar und bedürfe keiner neuen Interpretation. Man müsse den letzten Versuch machen, den Kongreß vor einer schädlichen und sinnlosen Handlung zu warnen.

Dr. Goldmann spricht gegen diesen Antrag. Bei einer normalen und ruhigen Situation der Bewegung müßte man keine Endziele formulieren. In der gegenwärtigen Situation stelle aber die zionistische Bewegung eine ebenso wichtige Realität dar wie außenpolitische Faktoren. Eine Diskussion, die seit zwei Jahren andauere und auch auf dem Kongreß sechs Tage ausgefüllt habe, könne man nicht durch Übergang zur Tagesordnung beenden. Die Resolution der Kommission stelle eine Zurückweisung alles dessen dar, was man die liquidatorischen Tendenzen des Zionismus nenne.

Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird mit 103 zu 120 Stimmen abgelehnt und, da die Abstimmung angezweifelt wird, in namentlicher Abstimmung nochmals mit 109 zu 122 Stimmen abgelehnt.

M. Großmann ist der Ansicht, daß gerade die Vorgänge auf dieser Sitzung einen Beweis für die Notwendigkeit einer Klärung bringen. Das zionistische Ziel und der Judenstaat wurden zu einer kleinen miserablen Resolution zurechtgeschnitten und mit den gewöhnlichsten Methoden ist versucht worden, den Kongreß selbst von diesem Minimum abzubringen. Man habe um den Begriff Judenstaat eine Atmosphäre von Panik geschaffen. Man müsse dagegen protestieren, wenn der Staatsgedanke als etwas Gefährliches und Schädliches hingestellt werde. Der Zionismus habe nie verheimlicht, daß er zu einem Judenstaat und zur jüdischen Mehrheit strebe, ein Heim ohne Unterdrückung, und man müsse dies ehrlich und offen von der Kongreßtribüne in die Welt sagen.

Es wird beantragt, über die von den Revisionisten vorgechlagene Endziel-Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Kazenelson weist in Begründung des Antrages darauf hin, daß die jüdische Arbeiterbewegung die erste gewesen sei, die nach Ugandah und nachdem alle politischen Wege verschlossen waren, die Last des persönlichen Opfers und der realen Arbeit auf sich genommen habe. Der Jischuw fühle die außenpolitischen Argumente sehr stark und diese Debatte sei von Grund aus schädlich, weil sie nur imstande sei, die Feinde des Zionismus zu mobilisieren. Vor dem Minderheitsantrag der Revisionisten gelangt die Mehrheitsresolution der Politischen Kommission zur Abstimmung, die folgenden Wortlaut hat:

„Angesichts der wiederholten Versuche, das Wesen des Zionismus zu entstellen, erklärt der XVII. Zionistenkongreß: Der Zionismus ist die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes. Er hält an seinem im Basler Programm niedergelegten Ziel unerschütterlich fest, in Erez Israel die Lösung der Judenfrage herbeizuführen.

Das heimatlose, landlose, zur Auswanderung drängende Volk will durch seine Wiederverwurzelung in seinem historischen Heimatland auf dem Wege einer ununterbrochenen Einwanderung und Ansiedlung seine wirtschaftlich, geistige und politische Not überwinden und in Erez Israel ein mit allen Merkmalen eines normalen Volkslebens ausgestattetes Dasein erneuern.

Der Kongreß weist jeden Versuch, dieses Ziel zu verkleinern, mit Entschiedenheit zurück.“

Der Antrag wird mit 162 Stimmen bei Stimmenthaltung der übrigen anwesenden Delegierten angenommen.

Ein Amendement-Antrag von Grünbaum, dem dritten Absatz zu ergänzen durch die Formulierung „staatliches Dasein“, wird mit 60 zu 115 Stimmen abgelehnt. Darauf gelangt der Antrag der Arbeiterfraktion, über den Resolutionsantrag der Revisionisten zur Tagesordnung überzuhehen, zur Abstimmung. Die Revisionisten beantragen namentliche Abstimmung, die auch durchgeführt wird, und eine Annahme des Antrages, zur Tagesordnung überzugehen, mit 121 zu 58 Stimmen ergibt.

Nun kam es zur Auflösung der bis dahin streng gewahrten Ordnung. Auf einen Wink Jabotinskys erhoben sich die revisionistischen Delegierten und schickten sich an, den Kongreßsaal zu verlassen. Der Vizepräsident der Revisionistischen Weltunion, Meer Großmann, wollte eine Erklärung abgeben, kam jedoch über die Worte: „Namens 52 revisionistischer Delegierter, die 65 000 Wähler repräsentieren...“ nicht hinaus; seine weiteren Ausführungen gingen in Lärm und Tumult unter. Die gesamte Linke hatte die „Hatikwah“ angestimmt, während Meer Großman und andere Revisionisten ihr zuriefen: „Verräter! Ihr habt die Hatikwah samt dem Zionismus verraten.“ Inzwischen hatten jugendliche Revisionisten die zionistische Fahne von der Besuchergalerie heruntergerissen. Diese Demonstration wurde mit stürmischen Pfuirufen aufgenommen. Der Tumult legte sich erst, als es gelungen war, die Fahne an ihrem ursprünglichen Platz wieder zu befestigen. Während die Linke unausgesetzt hebräische Lieder sang, bestieg Jabotinsky einen Tisch und zerriß mit dem Rufe: „Dies ist kein Zionistenkongreß mehr!“ seine hoch emporgehaltene Kongreßlegitimationskarte. Sodann verließen die Revisionisten unter seiner Führung, die Hatikwah singend, in geschlossener Formation den Kongreßsaal. Es war gegen vier Uhr morgens, als das Präsidium die Sitzung schloß.

In der 20. Sitzung, Montag abend, erklärte Großmann für die Revisionisten, daß seine Fraktion zum Protest gegen die Handlungsweise der Majorität in der Endzielfrage den Kongreßsaal verlassen habe, daß sie jedoch, um die Würde der Kongreßtribüne zu wahren und das Mandat ihrer Wählerschaft zu erfüllen, wieder die Mitarbeit am Kongreß aufnehme, unbeschadet der Stellung innerhalb der Zionistischen Organisation, die im geeigneten Zeitpunkt klargelegt werden wird.

Rabbi Ostrowski erstattete nun den Bericht der Erziehungskommission.

Nach längerer Debatte wird der Antrag der Kommission angenommen, daß im Laufe der nächsten zwei Jahre bis zum nächsten Kongreß eine gemeinsame Führung des Erziehungswerkes durch Jewish Agency und Knesseth Jisrael vorzubereiten ist. Bis dahin soll keine Übergabe an lokale Institutionen erfolgen. Der Kongreß beschließt ferner, die künftige Leitung zu beauftragen, Verhandlungen über die im Rahmen des Erziehungs-Budgets notwendigen Ersparnise mit den hierfür kompetenten Stellen in Palästina einzuleiten und fordert die Palästinaregierung auf, ihren Beitrag für das Schulwerk in einem alle Bedürfnisse jüdischen Unterrichtes befriedigenden Maße zu erhöhen. Beim Haifaer Technikum wird die Eröffnung von Abteilungen des technischen Unterrichtes beschlossen und gleichzeitig festgestellt, daß Änderungen am Technikum nur nach gegenseitigem Übereinkommen zwischen der Leitung der Jewish Agency und dem Waad Leumi vorgenommen werden können.

Der Kongreß beschließt, daß die Hebräische Universität nicht ein wissenschaftliches Forschungs-Institut, sondern eine Volluniversität (Lehranstalt) sein soll, die akademische Grade verleiht.

Die Revisionisten haben ein Minderheitsvotum folgenden Wortlautes eingebracht:

„Der Kongreß mißbilligt den Geist des Verzichtes auf nationale Ideale, der in der Leitung der Universität zum Ausdruck gekommen ist, und beauftragt die Exekutive, auf der Wacht des nationalen Geistes in der Leitung der Universität zu sein."

Ein Antrag Ussischkins auf Übergang zur Tagesordnung wird abgelehnt. Nachdem Delegierter Fraenkel den Antrag begründet hat, erklärt Kaznelson, daß dieser Antrag die Frage der Freiheit des Geistes und der Kultur berühre und daß der Kongreß nicht berechtigt und beauftragt ist, die politischen Anschauungen von Leuten zu beurteilen, die sich mit wissenschaftlicher und kultureller Arbeit befassen. Es handle sich um eine Ehrenfrage für den Zionismus und die jüdische Kulturschaffung. **Der Antrag der Revisionisten wird mit 87 gegen 74 Stimmen angenommen.** Die von der Arbeiterfraktion geforderte namentliche Abstimmung wird vom Präsidium abgelehnt. Nach der Abstimmung gibt

Arlosoroff im Namen der Arbeiterfraktion die Erklärung ab, daß diese den Beschluß mit Entrüstung zurückweise.

Weinstein erklärt, daß die wissenschaftliche Ehre hier nicht zur Rede stehe, daß die Revisionisten aber für die Resolution gestimmt hätten, weil die Professoren der Jerusalemer Universität diese wissenschaftliche Tribüne zu einem politischen Kampf gegen den Zionismus und gegen den Jischuw benutzen.

Am Beginn der 21. Sitzung, Montag abend, verliest der Vorsitzende des Kongreßgerichtes, das ehrengerichtliche Urteil gegen F. Lang, der wegen Herunterreißens der zionistischen Fahne im Kongreßsaal am 12. Juli einen Verweis erhält und bis zum 1. Dezember 1931 der Fähigkeit verlustig geht ein Ehrenamt oder eine Funktion in der Zionistischen Organisation zu bekleiden.

E. Berligne erstattet den Bericht der Budget-Kommission und führt aus, daß mit dem vorgelegten reduzierten Budget die Arbeit in Erez Israel nicht ohne Einstellung wichtiger Werke fortgesetzt werden könnte. Im Züricher Budget wurde für landwirtschaftliche Kolonisation ein Betrag von 193 000 £ bewilligt, in diesem Jahre sind 70 000 £ eingesetzt. Der Beitrag für Erziehung wurde von 79 500 £ auf 54 500 £ eingeschränkt. Nach bisher verlautbaren Nachrichten hätten Vertreter der Agency noch weitere Reduktionen vorgenommen. Aus Amerika werde eine Einnahme von 100 000 £ erwartet, aus den anderen Ländern könne man nach Mitteilung des Keren Hajessod mit 160 000 £ rechnen. Die Zahlen des Budgets müssen so angesehen werden, daß sie das in dieser katastrophalen Lage Mögliche darstellen. In der Debatte wendet sich Felix Rosenblüth gegen eine weitere Reduktion des Budgets der Londoner Exekutive, die ihren Beamtenapparat bereits von 44 auf 24 Personen reduziert habe. Arditti beantragt Streichungen in der Höhe von 3570 £ (Haolam, Archiv, Subventionen) und Streichung von 6000 £, Beitrag des KKL. zum Londoner Büro. Kaplan wendet sich gegen diese fiktiven Ersparnisse und drückt den Wunsch aus, daß die Exekutive eine freiwillige Reduktion ihrer Gehälter in London und Jerusalem vornehmen sollte.

Die Anträge der Budget-Kommission über Gehälterfragen werden angenommen. Es wird ferner beschlossen, der Exekutive eine Verlegung des Organisations-Departements nach Jerusalem zu empfehlen. Die Exekutive wird ermächtigt, eine Umlage von 10 000 £ zur Deckung des Defizites auf die einzelnen Länder auszuschreiben. Der Kongreß beschließt die Aktivierung aller Kräfte der zionistischen Bewegung für die Keren-Hajessod-Arbeit und die Inangriffnahme der Aktionen sofort bei Beginn des Jahres 5692.

Nachdem Bialik in der Budget-Debatte als Gast das Wort genommen hat, wird für den Waad Haleschon ein Betrag von 250 £ in das Budget eingesetzt. Der Budgetvorschlag der Exekutive und des Keren Hajessod in der Höhe von 366 000 £ wird angenommen. Dieses Budget setzt sich zusammen au: 80 000 £ für landwirtschaftliche Ansiedlung, 57 000 £ Erziehung, 14 500 £ Einwanderung und Arbeit, 55 000 £ Gesundheitswesen, 2000 £ Industrie, 1000 £ religiöse Zwecke, 48 000 £ Administration, 91 000 £ Schuldentilgung, 15 000 £ Entschädigungen und Gehaltsrückstände an Beamte. Über die einzelnen Posten des Budgets entwickelt sich unter lebhafter Beteiligung eine Debatte, die zu kleineren Änderungen in den Vorschlägen der Kommission führt.

Der Abschluß der Budgetberatung wird vertagt.

Die Rede Jabotinskys

(Nachtrag)

Die Revisionistische Fraktion hat mich beauftragt, ihre Stellungnahme zu der gegenwärtigen politischen Lage darzulegen. Ich werde zwei Punkte behandeln: Den Mac-Donald-Brief — Zielsetzung im Zionismus.

Der Zusammenhang zwischen ökonomischen Aufbau und politischem Regime ist heute bereits für alle selbstverständlich und es ist nicht mehr notwendig, auf einem Kongreß den Zusammenhang zu beweisen. Wohl kann der Zionismus nur verwirklicht werden durch Anhäufung positiver, besonders ökonomischer Positionen. Aber ich glaube, es ist eine Übertreibung, zu sagen, daß diese Positionen an und für sich bereits politische Besserungen herbeiführen, das kann nicht bewiesen wer-

den. Für den zionistischen Aufbau braucht man beides, man braucht Tatsachen und Leistung, aber stets ist es Vorbedingung des weitern Forschritts, daß man auch den politischen Kampf führt, um die Sache so zu gestalten, wie man sie will. Von diesem Standpunkt aus müssen wir die Lage in und um Palästina betrachten.

Es ist selbstverständlich, daß der Optimistischeste oder der Extremste von uns sich nicht vorstellt, daß eine politische Lage bei den komplizierten Bedingungen Palästinas einmal ideell gut werden kann. Das Problem einer politischen Lage ist nicht die Frage ob sie ganz gut ist oder nicht, es ist die Frage, ob sie erträglich sei oder unerträglich, nicht Kritik dieses oder jenes Details. Es handelt sich um die klare Antwort auf die Frage: kann man auf dieser Grundlage die Arbeit hoffnungsvoll weiterführen oder nicht.

Die Beziehung des Kongresses zum statement of Policy, das Lord Paßfield im Oktober 1930 unterbreitet hat, ist, glaube ich, einstimmig ablehnend. Aber es bestehen noch Zweifel über den Brief Mac Donalds. Bei einem Vergleich mit Paßfields Statement enthält der Mac Donald-Brief gewiß Punkte, die wir selbstverständlich unparteiisch akzeptieren werden: die Anerkennung, daß die Regierung den Prozeß der Schaffung des jüdischen Nationalheimes nicht als zu Ende kristallisiert, sondern erst im Werden betrachtet, die Anerkennung, daß bei der Berechnung der landlosen Arbeiter in einem gewissen Sinne man nicht alle Araber berücksichtigen wird, sondern nur diejenigen, die beweisen können, daß sie ihre Pacht im Zusamenhang mit einem jüd. Landkauf verloren haben, daß bei den öffentlichen Arbeiten die Zahl der jüdischen Arbeiter so festgesetzt wird, daß mehr oder weniger der Anteil der Juden an den Steuern des Landes „in Acht" genommen wird. Es gibt dagegen andere Punkte, und ich fürchte, daß sie überwiegen. Der Mac Donald-Brief beginnt mit der Anerkennung der Gültigkeit des Paßfieldschen Statements. Das bedeutet, daß diejenigen Punkte und Angelegenheiten des Weißbuches, welche in diesem Briefe nicht behandelt werden, doch gültig bleiben, weil das Weißbuch gültig bleibt. Sollen wir heute den Mac Donald-Brief als eine Basis für eine Kooperation anerkennen, so bedeutet das klar und logisch, daß wir damit auch das Paßfieldsche Weißbuch anerkennen. Das Gefährlichste ist der Wirrwarr, der dadurch entsteht, daß parallel verschiedene Dokumente das Mandat und die Politik der Regierung interpretieren, Dokumente, die einander widersprechen, die aber alle gültig sind. In diesem Dokument steht auch, daß die bestehende Regulierung der jüdischen Immigration künftighin „entsprechend" angewendet werden muß. Weiter heißt es im Mac Donald-Brief, daß das Prinzip der jüdischen Selbstarbeit bei jüdischen Organisationen zwar anerkannt wird, daß aber die allgemeine Arbeitslosigkeit im Lande von der Regierung in Betracht gezogen werden würde. Ein gut informierter englischer Beamter sagte: „In diesem Briefe wird gesagt, daß Sie frei sind, in Ihren Anstalten jüdische Arbeiter zu benützen, aber wenn die Regierung zu der Überzeugung kommt, daß die Arbeitslosigkeit unter den Arabern nicht gemindert werden kann, so hat sie das Recht, das Prinzip zu übersehen, daß bei den öffentlichen Arbeiten auch Juden angestellt werden sollen." Der Mac Donald-Brief gibt dem arabischen Volk das Vetorecht, bei jedem Schritt, der in der Ausführung des Mandates von der Regierung unternommen wird. Was den Passus mit der Parlamentsdrohung betrifft, so glaubt man, daß es Möglichkeiten gibt, in Palästina eine Gesetzgebende Versammlung zu schaffen, die unschädlich bleibt. Das ist eine Illusion. Man kann eine Immigration ökonomisch auch unmöglich machen auch ohne Gesetze, die sich mit Immigration befassen. In der Frage der Zielsetzung, führt Jabotinsky weiter aus, habe weder der Begriff der öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte, noch jener des Nationalheims juridische Tradition. Das Wort „Staat" sei klarer und der Kern des Begriffes „Judenstaat" liege in zwei Momenten: erstens Mehrheit und zweitens Selbstregierung. Das Moment der Selbstregierung sei ein elastisches Moment. Unelastisch sei aber das Moment der jüdischen Mehrheit. Wenn dies eine Schwärmerei sei, dann eine sehr edle. Wenn es ihr Recht ist, daß man den Juden die Rückkehr nach Palästina zuerkannt hat, dann ist jede Maßnahme, die diese Gerechtigkeit unmöglich macht, ungerecht.

Nach diesen Betrachtungen bleibe es dem Kongreß überlassen zu beschließen, wie die heutige politische Lage sei. Die Wahrheit hat eine reinigende Wirkung. Jeder von uns ist des Ausweichens müde. Ich schlage Ihnen eine Resolution vor, die lauten soll:

„Das Ziel des Zionismus, welches unter den Ausdrücken ‚Judenstaat', ‚nationales Heim oder ‚öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte' zu verstehen ist, ist die Schaffung einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit auf beiden Seiten des Jordan."

(Anhaltender Beifall bei den Revisionisten.)

Ich glaube, so naiv wie diejenigen, die im Kasino zu Basel, als ich noch ein kleiner Junge war, an die Ehrlichkeit der Welt, an die Macht der wahren Tatsachen, des Volkes und der Zivilisation, ich glaube, daß die großen Probleme durch den Machtfaktor des moralischen Druckes entschieden werden und daß das jüdische Volk ein gewaltiger Faktor des moralischen Druckes ist. Nehmen Sie das an oder nicht — es ist mein Glaubensbekenntnis. (Stürmischer Beifall.)

Beginn der zweiten Tagung des Council der Jewish Agency

Dr. Cyrus Adler eröffnet

Basel, 15. Juli. (JTA.) Am Dienstag, dem 14. Juli, halb 9 Uhr abends, trat der neugewählte Council der Jewish Agency im Hause der Mustermesse zu Basel, in dem gleichen Saale, in welchem der XVII. Zionistenkongreß getagt hat, zusammen. Es ist dies die zweite Tagung des Council seit dessen Begründung. Die erste Tagung hatte in der zweiten Augusthälfte des Jahres 1929 in Zürich unter dem Vorsitz des verstorbenen Führers der amerikanischen Juden Louis Marshall stattgefunden.

Die zweite Tagung des Council wurde durch Dr. Cyrus Adler, Präsidenten des Jewish Theological Seminary of America, eröffnet, der, mehrmals durch Beifall unterbochen, ein eingehendes Referat über die Geschichte und die bisherige Tätigkeit der Jewish Agency und über ihre Zukunftspläne hielt.

Im Saale, der ungefähr das gleiche Bild zeigt wie bei der Eröffnung des Zionistenkongresses, nur daß der Besuch ein etwas schwächerer ist, herrscht eine feierliche Stimmung. Präsident Sokolow hat neben Dr. Cyrus Adler auf der Präsidiumsestrade Platz genommen. Auf der Estrade sowie im Saale sitzen Zionisten und Nichtzionisten, nicht voneinander geschieden, sondern durcheinander.

Nach der Eröffnungsrede Dr. Cyrus Adlers hielt, während sich die Anwesenden von den Sitzen erhoben, Präsident Nahum Sokolow dem verstorbenen Präsidenten des Council der Jewish Agency, Louis Marshall, und dem verstorbenen Vizepräsidenten des Council, Lord Melchett, sowie den übrigen verstorbenen Mitgliedern des ersten Council ehrende Nachrufe.

Es folgte eine Begrüßungsansprache des Vertreters des Völkerbundes Vita Catastini, der schon vor einigen Tagen in Basel eingetroffen ist, um als Direktor der Mandatsabteilung des Völkerbundes den letzten Sitzungen des XVII. Zionistenkongresses als Beobachter beizuwohnen.

Die Tagung wurde sodann von einem Vertreter der Stadt Basel, vom Regierungsrat Im Hof als Vertreter der schweizerischen Bundesregierung und vom Regierungsrat Meyer im Namen des Bundes schweizerischer jüdischer Gemeinden begrüßt.

Der bisherige Präsident der Jewish Agency Dr. Chaim Weizmann wohnte der Sitzung nicht bei. Es fehlen u. a. auch der frühere Präsident des Administrative Committee der Jewish Agency, Herr Felix M. Warburg, Neuyork, und das Mitglied des Präsidiums der Agency, Herr Direktor Oskar Wassermann, Berlin.

Der neue Oberkommissär für Palästina

London, 14. Juli. (JTA.) Zum Nachfolger des gegenwärtigen britischen High Commissioners von Palästina, Sir John Chancellor, wurde General Grenfell Wauchope bestimmt. General Wauchope, der sein neues Amt als palästinensischer Oberkommissar am 1. November antreten soll, ist eine prominente Persönlichkeit der englischen Generalität. Während des Weltkrieges befehligte er eine englische Heeresgruppe an der französischen Front und wurde mehrmals verwundet. Später war er Militärkommandant von Nord-Irland. In den Jahren 1924 bis 1927 war er Chef der britischen Sektion der Internationalen Abrüstungskommission in Berlin.

(Der Zionistischen Organisation war von der beabsichtigten Ernennung keine Kenntnis gegeben worden; die Haltung des Generals Wauchope zu den Palästinaproblemen ist ebenso unbekannt, wie seine Eignung für den ihm übertragenen Posten.)

Eine Instruktion des Kolonialamtes zur Durchführung des Landentwicklungsplans in Palästina

Die Forderungen der Jewish Agency nur zum geringen Teil berücksichtigt

Basel, 9. Juli. (JTA.) Der soeben in Basel bekannt gewordene Inhalt einer telegraphischen Instruktion des britischen Kolonialamtes an den High Commissioner Sir John Chancellor über die Durchführung des Landentwicklungsplanes sowie das Begleitschreiben Lord Paßfields zu dieser Instruktion haben in den Kreisen der Kongreßdelegierten lebhafte Beunruhigung ausgelöst. Die Instruktion, die am Donnerstag, den 9. Juli, in Palästina offiziell kundgemacht werden sollte, bildete den Gegenstand einer erregten Debatte in der Politischen Kommission, die die ganze Nacht hindurch die durch diese neue Verlautbarung des Kolonialamtes geschaffene Lage beriet. Das Dokument wird von der Politischen Kommission als ungünstig für die jüdischen Interessen beurteilt. Die wichtigste Forderung der Jewish Agency, nämlich die Forderung, es solle von vornherein festgesetzt werden, daß Juden und Araber in gleicher Weise aus der Durchführung des Landentwicklungsplanes Vorteil ziehen sollen, ist unerfüllt geblieben. In dem Briefe wird bloß erklärt, die die Regierung habe diese Forderung zur Kenntnis genommen. Der Landentwicklungsrat wird aus einem Juden, einem Araber und einem Engländer bestehen. Trotz der seitens der Jewish Agency dagegen erhobenen Einwände ist der High Commissioner in Fragen des Landentwicklungsplanes höchste Instanz. Den einzigen für die Juden günstigen Punkt bildet eine Klausel, derzufolge der Begriff der „dislozierten Araber" im Sinne des MacDonald-Briefs verstanden werden soll. Der betreffende Paragraph des MacDonald-Briefs (§ 9) wird in der Instruktion im Zusammenhang mit der Klausel zitiert.

In der Politischen Kommission des Kongresses herrschte große Bestürzung über die Instruktion des Kolonialamtes, die als neuer Beweis für die unfreundliche Haltung dieses Ministeriums gegenüber den Bestrebungen zur Schaffung der jüdischen Heimstätte in Palästina aufgefaßt wird.

Aus der jüdischen Welt

Friedrich Gundolf gestorben

Heidelberg, 13. Juli. (JTA.) Am Sonntag, dem 12. Juli, vormittags, verstarb in der Heidelberger Universitätsklinik der Professor der deutschen Literaturgeschichte an der Universität Heidelberg Dr. Friedrich Gundolf im Alter von 51 Jahren. Gundolf war seit längerer Zeit gallenleidend, in den letzten Tagen stellten sich innere Blutungen ein, dazu gesellte sich eine schwere Sepsis, die den Tod herbeiführte.

Mit Friedrich Gundolf, dessen Persönlichkeit und Entwicklung durch den engen geistigen Zusammenhang mit dem Dichter Stefan George bestimmt sind, ist einer der schöpferischsten deutschen Literaturhistoriker dahingegangen. Friedrich Gundolf wurde 1880 in Darmstadt als Sohn des Universitätsprofessors der Mathematik Siegmund Gundelfinger geboren. Er gehörte dem Judentum an, ohne je für jüdische materielle und geistige Angelegenheiten ein besonderes Interesse zu bekunden.

Selbstmord eines relegierten jüdischen Studenten

Berlin, 13. Juli. (JTA.) Einer der drei von der Universität Berlin verwiesenen linksgerichteten Studenten, der 19jährige Leo Dobriner, hat sich mit Gas vergiftet. Er war früher Mitglied der kommunistischen Hochgruppe, war aber aus derselben ausgetreten. Er wagte nicht mehr zu seinen Eltern nach Gransee in der Mark zurückzukehren, nachdem ihm jede Hoffnung, sein Studium fortzusetzen, genommen worden war.

Konstituierung des Weltverbandes Allgemeiner Zionisten

Basel, 12. Juli. (JTA.) Unter dem Vorsitz von Dr. Schwarzbarth und in Anwesenheit von Vertretern aus 26 Ländern hat ich der Weltverband Allgemeiner Zionisten nach einem Referat von Dr. Mossinsohn konstituiert. Zum Präsidenten des Verbandes und der Leitung wurde Dr. Schwarzbarth (Krakau) gewählt. Zu Leitungmitgliedern wurden gewählt: Dr. Thon, Dr. Feldblum (Krakau), zwei Vertreter aus Amerika, Dr. Landsberg und ein zweites Mitglied aus Deutschland, Dr. Schmorak und ein zweites Mitglied aus Ostgalizien, Levite und Hindes aus Kongreßpolen, Dir. Bernhard (Großrumänien), Dr. Grünbaum (Österreich), ferner aus Palästina, wo eine Zweigstelle der Leitung bestehen wird: Berlin, Dr. Glücksohn, Dr. Mossinsohn, Suprasky und Dr.

Ohrenstein. Ussischkin hat seine Mitarbeit zugesagt. Schließlich wurde ein Zentralrat gewählt, der sich aus den Vertretern der Allgemeinen Zionisten in der Jerusalemer und Londoner Exekutive und im A.C., sowie aus je einem Vertreter der 36 Landesverbände zusammensetzt.

Polnisch-jüdische Stadt unter antisemitischem Terror

Warschau, 9. Juli. (JTA.) Die jüdische Bevölkerung des Städtchens Konsk, Wojwodschaft Kielce, steht seit einigen Tagen unter scharfem Terror jugendlicher Huligans. Einem alten Juden wurde der Bart ausgerissen, fünf weitere von den Huligans mißhandelte jüdische Bürger liegen schwerverletzt darnieder. Die Bauernschaft der Umgebung wird von Agitatoren aufgefordert, in die Stadt zu ziehen, um über die Juden herzufallen.

Warschau, 9. Juli. (JTA.) In Mazowiecki bei Tomaszow kam es während einer in der Stadtsynagoge veranstalteten Herzl-Gedenkfeier zu einer Straßenschlacht zwischen Kommunisten und Jungzionisten, als die Kommunisten versuchten, die zionistische Fahne von der Synagoge herunterzuholen und die Rote Fahne anzubringen. Der junge Revisionist Jizschak Fischhof wurde durch Messerstiche getötet. Die Polizei verhaftete einige Kommunisten.

Eine der ältesten Synagogen Lettlands niedergebrannt

Riga, 9. Juli. (JTA.) Eine der ältesten Synagogen Lettlands, das Preiler Minjan in Dwinsk, ist niedergebrannt. Das Feuer griff auch auf die durchwegs von Juden bewohnten angrenzenden Gebäude über, von denen mehrere vollkommen zerstört wurden. Zahlreiche jüdische Familien sind obdachlos geworden.

Ruhe in Saloniki

Saloniki, 13. Juli. (JTA.) Seit der Nacht vom 8. zum 9. Juli, in der eine Rotte Nationalisten einen Angriff auf eine Synagoge in Campbell-Viertel, in der etwa 50 durch den Brand obdachlos gewordene jüdische Familien untergebracht waren, ausführte und sämtliche Fensterscheiben einschlug, ist in Saloniki die Ruhe nicht wesentlich gestört worden. Der Gouverneur von Saloniki, General Gonatas, hat den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde, Herrn Benusigliu, verständigt, daß die Regierung weitere Hilfsmaßnahmen für die jüdische Bevölkerung in Erwägung ziehe. Der Anordnung des Generalgouverneurs Gonatas gemäß enthalten sich die jüdischen und die griechischen Zeitungen Salonikis jeden Kommentars über die Unruhen und bringen keine Nachrichten über Ausschreitungen.

Die große Synagoge in Charbin durch Feuer vernichtet

Charbin, 7. Juli. (JTA.) Die große Synagoge in der Artilleriestraße zu Charbin wurde durch einen Brand, der, vom Dachgeschoß ausgehend, sich mit großer Schnelligkeit über das ganze Gebäude ausbreitete, vollständig vernichtet.

Die niedergebrannte Synagoge war vor 25 Jahren, nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges, als Juden in größerer Zahl sich in Charbin und in der Mandschurei niederzulassen begannen, errichtet worden.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Auszeichnung eines jüdischen Studenten an der Universität München

Die medizinische Fakultät der Universität München hat im Jahre 1930 ein Preisausschreiben erlassen über

„Die Bedeutung der Ziliarfortsätze für die intraokulären Flüssigkeitswechsel soll unter besonderer Berücksichtigung der anatomischen Struktur einer vergleichenden Untersuchung durch die Wirbeltierreihe hindurch unterzogen werden."

Wie die Fakultät durch Anschlag am schwarzen Brett und in den Tageszeitungen bekannt gibt, wurde eine Bearbeitung dieser Preisfrage von dem Studierenden der Medizin Heinrich Lamm aus München, Sohn des Kaufmanns Ignaz Lamm in München eingereicht, wofür dem Verfasser die Belobigung der Fakultät ausgesprochen wird.

Herr cand. med. Lamm ist unseren Lesern als Gründer und rühriger Leiter des hiesigen jüdischen Kammerorchesters und auch aus manchen Beiträgen gut bekannt und wir freuen uns über die ihm zuteil gewordene Auszeichnung.

Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania"

Samstag, den 18. Juli, 2 Uhr: Treffpunkt Hofgartentor. 2.30 Uhr: s. t. Fuchsenkurs off.

Dienstag, den 21. Juli, 20.30 Uhr: Aussprache über den Kongreß, im Heim off.

Donnerstag, den 23. Juli, 20.30 Uhr: Burschenkurs im Heim, off.

Hebräische Sprachkurse, München. Die hebräische Liederstunde findet (statt Montag) am Mittwoch 8.45 Uhr, im Raum der Hebräischen Sprachkurse, Herzog-Rudolf-Straße 1, statt.

Bar-Kochba. Damen-, Mädchen-, Kinder-Abteilung: Der gesamte Turnbetrieb bleibt während der Schulferien geschlossen. Wiederbeginn: Mittwoch, den 2. September, Kinderabteilung. Montag, den 7. September, Mädchen- und Damen-Abteilung.

Gesamtausschuß der Ostjuden München. Verein Bes Jakob gratuliert seinem Vorstandsmitglied, Herrn Max Katzenell, zur Vermählung seines Sohnes 2 RM.

Jüd. Club „Kedem". Sonntag, den 19. Juli 1931, findet nur bei schönem Wetter wieder einer unserer beliebten Tagesausflüge — nach Gräfelfing (Sonntagsfahrkarte 70 Rpf.) statt. Treffpunkt Starnberger Bahnhof punkt 8.15 Uhr Portal. Spielbälle, Bade- oder Turnzeug, wenn möglich Photoapparat, bitte mitbringen. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Bei schlechtem Wetter findet Besichtigung des Deutschen Museums statt. Treffpunkt vor dem Haupteingang des Deutschen Museums punkt 10 Uhr vormittags. (Eintrittspreis 25 Rpf. nur in geschlossener Führung.)

Sämtliche Auskünfte erteilt die Leitung Leon Kohn unter der Rufnummer 90 2 56.

Herzl-Feier des Brith Haolim Nürnberg. Am Sonntag, dem 5. Juli, veranstaltete der Zionistisch-Sozialistische Jugendbund Brith Haolim eine Herzl-Feier. Zu der Feier waren sämtliche Jugendbünde Nürnbergs und Fürths eingeladen, von welchen auch ein großer Teil erschienen ist, so daß der Saal des Jugendheims in der Treustraße überfüllt war. Leo Wißmann hielt eine kurze Gedächtnisrede, in welcher er die Jugend anspornte, zur Verwirklichung der Herzl'schen Ideen beizutra-

gen. Hieran anschließend zeigte Herr Dr. Dankwerth seinen selbstgedrehten Palästina-Film, dem sämtliche Anwesenden reichen Beifall zollten.

Der Brith Haolim hatte diese Feier gleichzeitig als Anlaß genommen, mit den anderen Jugendbünden in Fühlung zu treten zwecks Schaffung eines Ringes der Nürnberg-Fürther Jugendbünde. L. W.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15 Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 35
vom 1. bis 7. Juli 1931

Herzl-Aktion. Anläßlich des Todestages von Theodor Herzl am 5. Juli spenden (2. Ausweis) gesammelt durch Frl. Eva Straus:

J.-R. Dr. E. Straus 1 B. 6.—; Dr. Sigbert Feuchtwanger 1 B. 6.—; Dr. Leo Feuchtwanger 1 B. 6.—; Jakob Feuchtwanger 1 B. 6.—; Dr. Erich Feuchtwanger 1 B. 6.—; Dr. Isaak Straus 1 B. 6.—; Dr. August Feuchtwanger ½ B. 3.—; Theodor Feuchtwanger 1 B. 6.— = 45.—.

Durch Frl. Liselotte Rut Kahn: N. N. 1 B. 6.—; Dr. Alfred Perlmutter 1 B. 6.—; J.-R. Dr. Fraenkel ½ B. 3.— = 15.—.

Durch Herrn Walter Koschland: E. Gabrilowitsch ½ B. 3.—.

Durch Frl. Aenne Levy: N. N. 1 B. 6.—; B. Friedmann 2.50 = 8.50.

Durch Herrn Ernst Eisen: Frau Kalter 1 B. 6.—; N. Kurzmantel ½ B. 3.—; Julius Eisen 1 B. 6.— = 12.— = 83.50.

VJSt. „Jordania“ Garten: Oskar Gröbel dankt Herrn Dr. Gutmann für Verarztung ½ B. 3.—.

Goldenes Buch Max Ettinger: Herr und Frau Dr. Ettinger grat. Herrn und Frau Dr. Kern zur Geburt ihrer Tochter und Herrn und Frau Kulakowsky zur Enkelin 1.—.

Büchsen: geleert durch Frl. Jos. Rauch: M. Schlesinger 8.65; Jak. Fischer 4.75; M. Weißbarth 1.—; M. Pistiner 1.50; P. Sturm 1.40; L. Jakob 2.30; L. Feldherr 2.—; 4 Büchsen unter 1 M. zus. 1.80 = 23.40.

Geleert durch Frl. Aenne Levy: Gottfried Hirsch 3.69; M. Rosenberger 2.—; E. Neuwirth 1.—; Apotheker H. Lewin 1.—; Th. Friedmann 2.—; B. Goldberg 1.86; H. Puschzewoi 1.35; Dr. M. J. Gutmann 3.73; M. Diamand 1.50; S. Fleischer —.87 = 18.90.

Einz. Büchse: Feuer 6.55. = 48.85.

Material: Walter Koschland: 1 stat. Bilderbuch 1.50; Walter Koschland 1 Vogelschaukarte —.75 = 2.25.

Imi-Tasche: Liselotte Rut Kahn 4.31 = 143.01.

Münchener Spendenausweis Nr. 36
vom 7. bis 14. Juli 1931

Herzl-Aktion: Anläßlich des Todestages von Theodor Herzl spenden (3. Ausweis):

Gesammelt durch Herrn Rudi Gronner: Isaak Sturm ½ Baum 3.—; Dr. S. Koschland desgl. 3.—; Gottfried Hirsch und Paul Grünbaum zusammen ½ Baum 3.— = 9.—; die jüd. Studentinnengruppe 1 Baum 6.—.

Durch Frl. Ruth Löschner: S. Orjansky 1 B. 6.—; Dr. Jul. Siegel desgl. 6.— = 12.—.

Gotthold Ephraim ben Aron Hakohen Garten: Arnold Kohn anl. des Todestags von Theodor Herzl 1 B. 6.— = 33.—.

V.J.St. Jordania Garten: Die Jüdische Studentinnengruppe und die VJSt. Jordania danken A.H. Dr. Raphael Straus für die Leitung des Kurses 1 B. 6.—.

N. N. 1 B 6.—.

Spenden-Buch: Herr Markus Diamand u. Frau anl. der Vermählung ihrer Tochter Jenny mit Herrn Walter Meyerstein; dieselben danken gleichzeitig für erwiesene Aufmerksamkeiten 10.—; N. N. anl. ihrer Goldenen Hochzeit 10.—.

Gold. Buch ZOG München: Dr. Robert Beer grat. Herrn und Frau Dr. Kern zur Geburt ihrer Tochter; Dipl.-Ing. Hans Macholl desgl. 2.—.

Allg. Spenden: H. B. 1.50; Max Fleischer dankt herzl. für die ihm anl. seines 60. Geburtstages erwies. Aufmerksamkeiten 2.—.

Büchsen: geleert durch Max Ettinger: Dr. Erich Feuchtwanger 5.—. Max Lieber 5.— = 10.—.

Durch Frl. Jos. Rauch: Dr. H. Feuchtwanger 4.10; L. Schwager 2.50; Oskar Laufer 2.05; Dobin 2.— = 10.65.

Durch Jackie Renka: A. Frieser 2.—. Frau Schiller 3.29; Frau Rosenzweig 1.28; Bamberger 1.—; M. Berger —.55 = 14.17.

Durch Herrn Hans Weiß: N. N. 4.54; Studienrat Schaalmann 2.— = 6.54.

Durch Frl. Käthe Nansen: Benno Friedmann 2.—; S. Amanyi 1.05; Arnold Kohn 4.—; R. Reiß 1.—; Peter Bock 1.90; Frau Julie Hirsch 1.20; Dr. Erich Kretschmer 1.23; M. Bledy 1.—; Büchsen unter 1.— = 1.90 = 15.28 = 56.64. Summa: 127.14.

Gesamtsumme seit 1. Okt. 1931: 5 425.08 RM.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Büchsen unter 1 RM. nicht mehr namentlich ausgewiesen werden können.

Benützt bei allen Gelegenheiten die beliebten N.F.-Telegramme. Erhältlich zum Preise von RM. 1.— im Büro der ZOG, Herzog-Rudolf-Straße 1, Telephon 2 97 4 49.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
von 8. Juli 1931

Spendenbuch: Fa. Emma Kaufmann anl. 25jährigem Geschäftsjubiläum 10.—; Herr und Frau Jakob Blumenfeld anl. ihres Einzugs 10.—; durch Fritz Birnbaum-Fürth: Herr J. Stamm anl. seines 80. Geburtstags 10.—.

Allgem. Spenden: Frau Babette Wolf-Schnaittach anl. ihres 90. Geburtstags 5.—.

Bäume für Martha Kohn-Königshöfer-Garten: Frau Elsa Simon-London dem Andenken von Frau Martha Kohn sel. 2 Bäume 12.—.

Büchsen: Adolf Steinhardt 14.05; E. Silberthau 7.—; Julius Goldschmidt (Trauerbüchse) 6.76; Dr. E. Thalmann 6.—; Dir. Paul Matzger 5.40; Hugo Bärmann 5.—; Sally Federlein 4.30; (Trauerbüchse) Einhorn 4.—; Dir. Fritz Jacobsohn 3.50; Komm.-Rat Manes, Karl Steinlein je 3.—; Guckenheimer (Trauerbüchse) 2.85; Obermaier (Trauerbüchse) 2.40; Wassermann (Trauerbüchse) 2.35; Frau Hartmann 2.22; 7 Büchsen unter 2.— = 7.16 = 78.99. Summa: 125.99.

Seit 1. Okt. 1930 aufgebracht: 5104.87 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.